



I M R A T H A U S

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

An die
lokalen Medien

27.06.01

Ergebnisse der Fraktionsberatungen zu den Themen „Gründung von Standortgesellschaften“
und „Schulraumsanierung“

Presseerklärung

Standortgesellschaften

Ursprünglich hat die CDU die Diskussion um Entwicklungsräume und Standortgesellschaften angestoßen. Parallel äußerte Dezernent Fehlemann in einer seiner „Gedankenskizzen“, daß die Standortgesellschaften in einer Art Projektentwicklungsgesellschaft zusammengefaßt werden sollten. Bekannt ist, daß die CDU die Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung schon seit geraumer Zeit privatisieren möchte und die Auffassung vertritt, daß es ausreicht, wenn die Planungsverwaltung nur noch vollziehend und nicht steuernd tätig ist. Vor diesem Hintergrund erhält die Diskussion um die Standortgesellschaften eine Dimension, die über konkrete Standorte für die Gründung von Gesellschaften weit hinausgeht.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben dazu eine klare Position formuliert: Zunächst müssen die Entwicklungsziele und Entwicklungsgebiete genau definiert werden. Daraus leitet sich eine Projektauftrag ab, der vom Rat verabschiedet wird. Die Projektentwicklung ist eindeutig Aufgabe der Verwaltung (Planung sowie Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung). Nachdem die Voraussetzungen klar sind, kann die Gründung einer Standortgesellschaft sowie die Beteiligung von privaten Investoren durchaus sinnvoll und dem Projekt förderlich sein.

Dies Auffassung hat ursprünglich auch die SPD vertreten, die sich deutlich gegen eine Projektentwicklungsgesellschaft ausgesprochen hat, die quasi anstelle der Verwaltung Steuerungsfunktionen übernehmen soll. In ihrem Ursprungsantrag wurde entsprechend darauf eingegangen, daß die Zusammenarbeit mit zentralen Bereichen der Stadtverwaltung eindeutig definiert werden muß.



IM RATHAUS

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

Der von SPD und CDU gemeinsam vorgelegte Antrag enthält von diesen Festlegungen so gut wie nichts mehr. Er orientiert sich im wesentlichen am ursprünglichen Antrag der CDU und zementiert damit den Abbau der steuernden Funktionen der zuständigen Verwaltungseinheiten. Die Vorgaben, die der Verwaltung in Bezug auf die schwerpunktartige Ausweisung von Entwicklungsräumen, von Vorrangräumen für Ausgleichsmaßnahmen sowie die Etablierung eines Beirates zur gesamten Projektsteuerung gemacht werden, sind einerseits konfus und durch die Einführung verschiedener nicht definierter Begrifflichkeiten irreführend, andererseits ist die Absicht klar erkennbar: Die ursprüngliche Struktur einer agierenden und nicht nur reagierenden Verwaltung, zu deren originären Aufgaben es gehört, verschiedene Interessenlagen auch im Vorfeld abzuwägen und daraus entsprechende Handlungsempfehlungen abzuleiten, soll aufgeweicht werden. Aus Sicht der GRÜNEN könnte beinahe folgerichtig auch die Auflösung des Fachausschusses und die Privatisierung der Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung beschlossen werden. Alles in allem: Eine Weichenstellung, die BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht mittragen werden.

Schulraumsanierung

Bei der Sanierung der PCB-belasteten Schulen tauchen neue Probleme auch. Nachbeprobungen haben zu dem Ergebnis geführt, daß zusätzlich in sechs weiteren Schulen eine mittelfristige PCB-Sanierung erforderlich ist. Die ursprünglich von der Verwaltung vorgelegten Prioritätenliste muß um diese Schulen erweitert werden. Hinzu kommt, daß im Rahmen von PCB-Kontrollmessungen die Astbestsanierungsbedürftigkeit von Turnhallen festgestellt wurde.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen vor diesem Hintergrund eine dringende Notwendigkeit, die Diskussion um den Zeitraum der Durchführung von Sanierungsmaßnahmen sowie der Finanzierung erneut zu führen. Dabei muß deutlich werden, daß entgegen der Aussagen von SPD und CDU aufgrund der Umstellung der Landesförderung auf die Pauschalförderung im Jahr 2001 keine Mittel für zusätzliche Maßnahmen mehr zur Verfügung gestellt werden.

Von daher sollten die von den GRÜNEN im Rahmen der letzten Haushaltsberatungen geforderten alternativen Finanzierungsmodelle erneut geprüft werden, um die notwendigen Sanierungsmaßnahmen schnellstmöglich durchführen zu können.